

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

27.9.1924 (No. 226)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Kern,
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein
Zeilenbreite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassensrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche
Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhaltung, zwangs-
weiser Verbreitung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böserer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in
telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Umterlante Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen.

\* Zur Frage der Kabinetts-
umbildung

Der Vorstand der Reichstagsfraktion der Deutschen
Volkspartei veröffentlichte am Donnerstag eine Ent-
schliessung, welche sich in dringender Weise für die Er-
weiterung der Regierungskoalition nach rechts, für die
Einbeziehung der Deutschnationalen ins Kabinett aus-
spricht, da man „zu der Annahme berechtigt sei, daß die
Deutschnationale Volkspartei auch ihrerseits nunmehr die
Durchführung der entstandenen Aufgaben mit sichern
werde“.

Da in der Entschliessung eine Zusammenarbeit mit der
Sozialdemokratie infolge deren „absichtlicher Selbstaus-
schaltung“ für die Deutsche Volkspartei offenbar nicht
mehr in Betracht kommt, ist es faktisch nur eine rhetorische
Phrasen, wenn in der Entschliessung gesagt wird, das „Ziel
der Partei sei nicht die Schaffung eines Bürgerblocks, die
leitende Idee sei vielmehr die Herbeiführung der Volks-
gemeinschaft“ Praktisch ist eben doch das, was die Deut-
sche Volkspartei wünscht und nunmehr in aller Form
vorschlägt, die Bildung eines „Bürgerblocks“. Daß ein
solcher „Bürgerblock“ die heftigste Opposition zum min-
desten der Sozialdemokratie herbeirufen würde, das ist
so klar, daß es sogar von einem Kinde eingesehen werden
kann.

Die Entschliessung betont zwar, das „deutsche Volk
dürfte nicht in zwei Teile zerfallen, von denen der eine
herrscht und besitzet, und der andere arbeitet und zahlt“,
und es ist auch durchaus zu glauben, daß Stresemann
und seine speziellen Gefinnungsgenossen in der Fraktion
eine Kampfstellung gegenüber der Sozialdemokratie be-
wusst nicht wollen, aber das alles kann und wird den fak-
tischen Verlauf der Dinge kaum beeinflussen können: die
Bildung eines „Bürgerblocks“ bzw. einer Rechtskoalition
unter deutschnationaler Parteiflagge würde unser Volk
in zwei Teile, die sich erbittert bekämpfen, zerreißen.

Nun geht die Entschliessung allerdings von der An-
nahme aus, daß innerhalb der Deutschnationalen Volks-
partei der zur Mitübernahme der Verantwortung ent-
schlossene Flügel die Oberhand bekommen wird. Und
ganz sicher wird ja die Entschliessung selbst in ihrer po-
litischen Auswirkung den Parteitag der Deutschnationa-
len am kommenden Dienstag im Sinne der Auffassung
dieses Flügels beeinflussen. Ob man heute aber wirklich
schon davon sprechen kann, daß die Deutschnationalen zu
einer ehrlichen, verantwortlichen Mitarbeit in der Reichs-
regierung bereit sind, das ist doch recht fraglich.

Die Deutschnationalen selbst werden am 30. Sept. diese
Zweifel zerstreuen müssen. Entweder stellen sie sich in
der Mehrheit tatsächlich auf den Standpunkt der Mittel-
partei, dann werden sie damit nach dem Wortlaut der
bekannten Erklärungen der Deutschen Volkspartei und des
Zentrums regierungstüchtig, oder aber, sie lehnen eine ehr-
liche Mitarbeit auf der Grundlage der bisherigen Regie-
rungspolitik ab, dann ist die Idee des „Bürgerblocks“
einstweilen zu den Akten zu legen. Selbstverständlich bleibt
auch nach der Ausweg eines faulen und im Grunde un-
ehrlichen Kompromisses. Das wäre dann so ziemlich das
Schlimmste, was uns innerpolitisch und außenpolitisch pas-
sieren könnte.

Würden sich die Deutschnationalen in ihrer Mehrheit
zur bisherigen Politik der Reichsregierung bekennen, so
würde das, vom staatspolitischen Standpunkt aus gesehen,
ohne Zweifel einen Gewinn bedeuten und die Deutschna-
tionale Volkspartei ganz von selbst zu einer Partei stem-
peln, die im wesentlichen Mittelpartei ist. Es wäre das
eine nachträgliche Rechtfertigung der bisherigen Regie-
rungspolitik, wie sie glänzend garricht gedacht werden
kann. Und Sache der übrigen Parteien wäre es dann
schließlich, darauf zu achten, daß die Deutschnationalen
nicht wieder in alte Fehler zurückfallen.

Sier aber ist die Klippe! Werden nicht Deutschna-
tionale und Deutsche Volkspartei im Grunde eine Politik in-
hazieren, die, wenn sie auch zunächst formell den durch
das Londoner Protokoll und die Dawesgesetze geschaffenen
Anforderungen genügt, praktisch nichts anderes ist, als
eine systematisch durchgeführte Reaktion auf wirtschaft-
lichem, sozialem und rein politischem Gebiet? Diese Be-
rückichtigungen sind es wohl, die auch in den Kreisen der
Deutschnationalen Partei und des Zentrums Verwirrung
und infolgedessen Ablehnung des „Bürgerblocks“
herbeigeführt haben.

Das Reichskabinett wird sich ganz bestimmt noch vor
Zusammentritt des Reichstags mit der ganzen Angelegen-
heit beschäftigen. Die Deutschnationalen haben inzwi-
schen in Verantwortung der Entschliessung der Deutschen
Volkspartei eine Erklärung erlassen, die von neuem die
Bereitschaft zur Teilnahme an der Regierung erkennen
läßt, im übrigen aber die Entscheidung dem Parteitag
am 30. September überläßt. Den Verlauf dieses Par-
teitages wird man also abzuwarten haben.

Die neue Reichsbahngesellschaft

Am heutigen Samstag findet in Berlin die konstituierende
Sitzung des Verwaltungsrates der Reichsbahngesellschaft statt.
In dieser Sitzung muß der Präsident der Gesellschaft mit
Dreiviertelmehrheit gewählt werden. Nach dem Befehl muß
der Präsident ferner ein Deutscher sein. Wie verlautet, ist
für diesen Posten Staatssekretär a. D. Stieler in Aussicht
genommen. Weiter ist vom Verwaltungsrat der stellvertre-
tende Präsident und der zuständige Arbeitsausschuß, der aus
sechs Personen besteht, zu ernennen. Auch der Generaldire-
ktor, der ebenfalls Deutscher sein muß und mit Zweidrittel-
Stimmenmehrheit zu wählen ist, wird in dieser Sitzung er-
nannt werden. Für diesen Posten ist dem Vernehmen nach
der bisherige Reichsverkehrsminister Oser in Aussicht genom-
men.

Nach der Satzung der neuen Reichsbahngesellschaft, die als
Reichsgesetz erlassen ist, sind von den 18 Mitgliedern des
Verwaltungsrates neun durch die Reichsregierung und neun
durch den Reichsbahnerverband für die Eisenbahnobligati-
onen zu ernennen. Es müssen erfahrene Kenner
des Wirtschaftsgesetzes und Eisenbahnwesens sein. Sie dürfen
nicht Mitglieder eines deutschen Parlaments oder einer deut-
schen Regierung sein. — Das Reichskabinett hat folgende Per-
sönlichkeiten berufen: Geh. Kommerzienrat Henrich-Berlin,
Oberpräsident a. D. v. Batocki-Oppenheim, Prof. Dr. Ing.
Rum-Gannover, Ministerpräsident a. D. Reichshauptmann
Rud-Bresden, Staatssekretär a. D. im Reichsfinanzmini-
sterium David Fischer-Berlin, Reichseisenbahndirektionspräsi-
dent a. D. Dr. Vilus v. Hertel-Augsbury, Geh. Kommerzien-
rat Peter Ködner-Duisburg, Generaldirektor Dr. Ott-Abbin,
Dr. Ing. Karl Friedrich v. Siemens-Berlin.

Seitens des Reichsbahnerverbandes für die Eisenbahnobligati-
onen, Herrn Delacour, sind an deutschen Persönlichkeiten berufen
worden: Staatssekretär a. D. Bergmann, Geh. Kommerzien-
rat Dr. Oskar v. Müller-München, Handelskammerpräsident Münch-
ener-Hamburg, Präsident des Eisenbahngewerksamts a. D.
Carre-Berlin, Staatssekretär a. D. im Reichsverkehrsmini-
sterium Stieler-Thüringen und an auswärtigen Mitgliedern
Sir William Whorring in Andoverwood-in-Exeter, Giuseppe
Bianchini-Parland, Jules Jobot-Brüssel, Maurice Margot-
Paris. — Der Verwaltungsrat wird am 27. September seine
erste Sitzung abhalten.

Die am Freitag im Reichsverkehrsministerium zu Berlin
mit den Eisenbahnerorganisationen begangenen Lohnbespre-
chungen führten nach zu keinem Abschluß. Auch die Beamten-
sicherungsverträge sind an das Reichsverkehrsministerium heran-
getreten mit der Bitte, um Verhandlungen über Fragen der
Stellensicherung und namentlich über die Aufstellung in hö-
here Beamtenstellen vor Beendigung der Umbildung der
Reichsbahnen.

Die Übergabe der Regiebahnen
W.W. Paris, 27. Sept. Wie das „Echo de Paris“ aus
Mainz berichtet, wird die Strecke Witten-Gießen demnächst dem
Organisationskomitee der Reichsbahngesellschaft übergeben
und 10 Tage später endgültig in die deutsche Verwaltung
übergehen.

Die deutschen Reparationsleistungen
W.W. Paris, 26. Sept. Die Reparationskommission hat
heute vormittag in Anwesenheit des Vertreters des Agenten
für die Reparationszahlungen, Owen Young, der selbst augen-
blicklich in London weilt, über das Budget für die Repara-
tionszahlungen für die Monate September und Oktober ber-
aten. Die Repko hat für den Monat September die Höhe der
Kohlenlieferungen um 10 Proz. ermäßigt und gleichzeitig be-
stimmt, daß der verlangte Preis für Kohlen um 10 Proz.
und für Stolz um 8 Proz. herabgesetzt wird. Es ist ferner
bestimmt worden, daß die französisch-belgische Eisenbahnregie,
deren Meinertrag der Reparationsklasse übergeben wird, 11
Goldmark für die Tonne Kohle bezahlt. Das Kohlenliefe-
rungsprogramm für den Monat Oktober soll einer späteren
Sitzung vorbehalten werden.

Die Amnestie
W.W. Berlin, 26. Sept. Nach Mitteilung der französischen
Regierung sind in Ausführung der Londoner Vereinbarungen
über die Amnestie bis zum 19. September von französischer
Seite 1001 schwabende Verbrechen niedergebühn und 300
Straf- und Untersuchungsgesangene in Freiheit gesetzt wor-
den.

W.W. Paris, 27. Sept. Wie das „Echo de Paris“ aus
Mainz berichtet, hat die Rheinlandkommission gestern beschlos-
sen, das Verbot von 15 deutschen Zeitungen im besetzten Ge-
biet zurückzunehmen.

Politische Neuigkeiten

Deutscher Protest gegen die französische
Reparationsabgabe

Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat der französischen
Regierung eine Note betreffend die 20prozentige Exportabgabe
überreicht, die Frankreich mit Wirkung vom 1. Oktober ab nach
dem Vorbild der englischen Reparationsabgabe, erheben will.

In der deutschen Note heißt es, daß die deutsche Regierung
bereit sei, für die Übergangszeit in gleicher Weise wie beim
German Reparationsakt mitzuwirken, wenn und insofern sie
von dem Generalagenten für die Reparationslieferungen die
Zusicherung erhält, daß er den von ihm geschätzten monatli-
chen Ertrag anrechnet und die Aufzinsen einschließlich des noch
näher zu vereinbarenden Prozentsatzes für die Verwaltungs-
kosten vergütet. Die deutsche Regierung kann indessen ihr Ver-
dauern nicht unterdrücken, daß die französische Regierung,
ohne sich vorher mit der deutschen Regierung ins Benehmen
zu setzen, beschloßen hat, innerhalb der kurzen Frist von 10
Tagen eine Maßnahme in Kraft zu setzen, die in ihrer Aus-
wirkung eine starke Behinderung für den französisch-deutschen
Warenaustausch bedeutet. Was nun die Forderung der fran-
zösischen Regierung auf eine Exportabgabe nach Ablauf der
Übergangsperiode und damit die grundsätzliche Seite der Frage
betrifft, so steht die deutsche Regierung auf dem Standpunkt,
daß das Sachverständigengutachten, das nach den Londoner
Vereinbarungen die Grundlage für die jetzige Reparationsbe-
regung bildet, neben Großbritannien, das infolge der Sachst-
ferungen eine Sonderstellung einnimmt, nicht auch den ande-
ren reparationsberechtigten alliierten Staaten das Recht zu
einem Reparations-Recoverpact und ähnlichen Maßnahmen
zubilligen sollte. Die schematische Vornahme von 20 Pro-
zent des Wertes der deutschen Ausfuhr führt zu dem Ergeb-
nis, daß die in Durchführung der Grundzüge des Sachver-
ständigengutachtens zum Schutze der deutschen Währung vor-
gesehene unmittelbare und entscheidende Mitwirkung des Trans-
ferkomitees dabei ausgeschlossen wird. Damit wird die Abgabe
zu einer reinen und unkontrollierten Devisenzahlung mit al-
len ihren nachteiligen Folgen für die deutsche Währung, Abgesehen von diesen
Bedenten würde die Einführung und Erhebung einer Abgabe
von der Einfuhr durch weitere reparationsberechtigte Staaten
auch eine unerträgliche Sonderleistung und Diskriminierung
des deutschen Handels bedeuten und auch in dieser Hinsicht
in Widerspruch mit dem im Sachverständigengutachten nieder-
gelegten Grundsatz stehen, daß der deutsche Handel frei und
ungehindert sein soll.

Da die Absicht der französischen Regierung in erster Linie
die Frage der Übertragung von Reparationszahlungen und
das nach 4a der Anlage 6 zu dem Dawesgutachten aufzufol-
gende Programm berührt, schlägt die deutsche Regierung vor,
vor weiteren Verhandlungen über die Frage der Exportabgabe
nach der Übergangszeit ein Gutachten des Transferkomitees
einzuholen. Sie läßt daher zur Beschleunigung der Angelegen-
heit dem Generalagenten für die Reparationszahlungen gleich-
zeitig eine Abschrift des vorliegenden Schriftwechsels zu
Kenntnisnahme zugehen.

Die Aufwertung

Inr Unterausschuß des Aufwertungsausschusses des Reichs-
tages wurden am Freitag die Verhandlungen fortgesetzt über
die Frage, inwiefern die Wiederaufnahme der Verzinsung der
Anleihen von Ländern und Gemeinden möglich sei.

Der Abg. Fleischer (Str.) legte einen Antrag vor, wonach
die Mittel für die Wiederaufnahme des Zinsendienstes durch
die Besteuerung einer gewissen Spekulation aufgebracht wer-
den sollen. Der Abg. Dernburg (Dem.) beantragte, daß zur
Dotierung des zu bildenden sozialen Fonds die mit leistungs-
fähigen Gewerbebetrieben ausgestatteten Gemeinden im Ge-
sehbereich heranzuziehen seien.

Der Reichsfinanzminister wandte sich gegen die Auffassung,
daß aus dem jetzigen Zustand der Gemeindefinanzen, beson-
ders aus ausgesprochen günstigen Verhältnissen bestimmter
Gemeinden der Schluß zu ziehen sei, die Gesamtheit der Ge-
meinden befände sich auf die Dauer in einer so günstigen
Lage, daß bei ihren Anleihen eine grundsätzliche Aufwertung
stattfinden könne. Die bewertete Finanzlage der Gemein-
den beruhe auf dem Finanzgleichgewicht und auf der Höhe der
ihnen überwiesenen Steuern. Welche Gestalt der Finanzaus-
gleich künftig annehmen werde, könne heute niemand sa-
gen. Deshalb sei auch die Frage, ob die Gemeinden zu ir-
gend welchen Leistungen herangezogen werden können, weil
ihre Anleihen zum Teil für gewerbliche Zwecke verwendet
würden, nicht spruchreif. Aberhaupt müsse zuvor bei richtiger
Wertung der ganzen Frage die künftige Steuergesetz-
gebung abgewartet werden.

Eine französische Stimme zur Schuldfrage

W.W. Paris, 25. Sept. M. Marguerite setzt im „Peuple“ sei-
nen Feldzug in der Kriegsschuldfrage fort: Er schreibt, der
deutsche Kanzler, wie alle seine Vorgänger, erkläre, daß das
einseitige Schuldbekenntnis Deutschland mit Gewalt entrispen
worden sei. Das Reich erkenne den deutschen Imperialismus
und den preussischen Militarismus als einen Teil der Kriegs-
verantwortlichkeit an, aber als einen gleich großen Teil der
Verantwortung, wie ihn der russische Imperialismus und der
französische Chauvinismus zu tragen hätten. Die deutschen
Historiker und das deutsche Volk erklärten, man könne nur,
nachdem diese Wahrheit festgestellt sei, in den Völkerverbund
eintreten. Dort wollten sie, den Kopf hoch und ohne eine un-
gerechte Demütigung und einen geheimen Abwandsgeanken im
Herzen, leben können. Im übrigen aber unterwürfen sie sich

den gerechten Reparationsforderungen. Marguerite fährt alsdann fort: Versuchen wir doch, gerecht und logisch zu sein. Daß Wilhelm II. ungestraft geblieben ist, erklärt sich daraus, daß seine Richter kein ruhiges Gewissen haben, weil sie wissen, daß der Kaiser und sein Kanzler nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers sich bemühten, den Frieden zu erhalten und das kriegsreiche Österreich im Zaume zu halten. Der Beweis ist erbracht durch die Archive, die Deutschland, Österreich und Rußland nach den Revolutionen geöffnet haben. Der Beweis ist historisch unantastbar erbracht, daß die, die wirklich den Krieg gewollt und ihn effektiv entfesselt haben, sind: Der schwache Zar und der wilde Poincaré.

### Dr. Wirth gegen Bürgerblock und Rechtskoalition

In einer persönlichen Stellungnahme zur politischen Lage behandelte der frühere Reichskanzler Dr. Wirth die jetzt in den Vordergrund tretende Möglichkeit eines Bürgerblocks oder einer Rechtskoalition. Herr Dr. Wirth kommt am Ende seiner Betrachtungen zu folgender Auslassung:

„Eine Regierung, in welcher die Rechte führt, oder in der sie einen Einfluß ausübt, kann unser Vertrauen nicht finden. Diese klare und eindeutige Stellungnahme stützt sich nicht lediglich auf den Wunsch und den festen Willen, die neue Staatsform zu sichern und sie durch Übergabe wichtiger Ministerien an die Rechte nicht auslöschen und gefährden zu lassen. Sie findet vielmehr ihren Ausgangspunkt und ihre Stütze in der Überzeugung, daß eine Rechtskoalition unserer außenpolitischen Lage überhaupt nicht gerecht werden kann. Wie oft ist in den letzten zwei Jahren aus der Mitte her der Satz vom Primat der auswärtigen vor der inneren Politik betont worden. Dieser Satz ist von Bismarck in seinen Geschichtswerken dem deutschen Volke gelehrt und von Bismarck in seiner Realpolitik praktisch vorgelegt worden. Soll das aber der deutschen Politik letzter Schluß im November dieses Jahres werden, daß denjenigen politischen Kräften in Deutschland, die seit der großen Katastrophe des deutschen Volkes nur nörgelnd, nur kritisierend, ohne auch nur die flüchtige Sabotage übten, jetzt wegen einer politischen Halbheit, um die Auflösung des Reichstages zu vermeiden, einen maßgebenden Einfluß im Reich wie in den Ländern zugewiesen werden? Man bleibe uns weg mit solchen Zumutungen!“

### Volkspartei und Deutschnationale

Zur Entscheidung des Fraktionsvorstandes der Deutsch. Volkspartei über die Regierungserweiterung erklärt die Verl. „Zeit“, daß die in der Presse aufgetauchte Behauptung, dem Beschluß des Fraktionsvorstandes seien schwere Meinungskämpfe vorausgegangen, unrichtig sei. Der Beschluß sei in aller Einmütigkeit gefaßt und der Fraktionsvorstand hätte seine Beratungen bereits am Mittwochabend abgeschlossen. Man habe mit der Veröffentlichung der Entscheidung nur deshalb bis zum nächsten Tag gewartet, weil man es für ein Gebot der Loyalität gehalten habe, zuvor den Reichskanzler und die Koalitionsparteien von dem geplanten Schritt zu unterrichten.

Anlässlich des Bezirksparteitages der Deutschen Volkspartei in Berlin hielt der frühere Reichswirtschaftsminister Raumer im Bürgeraal des Rathauses eine Rede, in der er u. a. auf die Frage der Einziehung der Deutschnationalen zur Regierung einging und dazu erklärte: Wir können keine starke Innen- und Außenpolitik treiben, wenn große und die besten Teile des Volkes, darunter fast die ganze Landwirtschaft, dauernd in der Opposition stehen. Wir wollen mit der Einziehung der Deutschnationalen uns nicht ändern. Das, worauf wir uns einigen, ist unsere Politik. Die Bezeichnung „Bürgerblock“ ist irreführend. Ich sehe nicht auf dem Standpunkt, daß die Sozialdemokratie zu jenen Parteien zu rechnen ist, mit denen man nie wieder zusammenarbeiten kann. Wir würden es begrüßen, wenn der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft sich noch einmal bewirklichen würde. Nicht einen Bürgerblock wollen wir schaffen, sondern einen Block, der alle schaffenden Stände umfaßt und alle, die positiv zum Staate und zur jetzigen Wirtschaftsordnung stehen. Solange aber eine Partei die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftsordnung bekämpft, kann sie nicht an ihrem Wiederaufbau arbeiten. Raumer mahnte unter lebhaftem Beifall der Versammlung, den führenden Parteimitgliedern in der Reichsregierung das Vertrauen zu erhalten.

Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Die Vertreterversammlung vom 25. September gibt der Erwartung Ausdruck, daß, wie im Reich, so auch in Preußen, baldigst eine Umbildung der Regierung in der Weise vollzogen wird, daß auch die Deutschnationale Volkspartei zur verantwortlichen Mitarbeit herangezogen wird. Die Versammlung vertraut darauf, daß die Mitglieder der Deutschen Volkspartei im Reichsministerium bei der schwerwiegenden Entscheidung in der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund die nationalen und wirtschaftlichen Interessen unseres Volkes zu wahren wissen werden.“

Der Steuerauschuß des Reichstages nahm einen Antrag Lehrenbach an, der die Reichsregierung ersucht, zur Bewertung des landwirtschaftlichen Grundvermögens für die Vermögenssteuer für eine einheitliche und gerechte Bildung der Ertragsklassen und Einreihung der Grundstücke in diese Klassen sowie für eine dem tatsächlichen Ertrage entsprechende Festsetzung der Rahmenhöhe geeignete Maßnahmen zu treffen und mit denjenigen Ländern, welche die Steuer nach dem Grundvermögen erheben, Verhandlungen zwecks gleichmäßiger Veranlagung herbeizuführen. Eine weitere Sitzung des Steuerauschußes ist vor dem Zusammentreten des Plenums nicht in Aussicht genommen.

Gegen den Paktzwang. Heute Samstag tritt in Mailand ein internationaler Verkehrsvertrag zusammen, der für die Aufhebung des Paktzwanges und aller diesbezüglicher Formalitäten im internationalen Reiseverkehr eintreten wird. Es soll vorgeschlagen werden, an Stelle des Passes einen amtlichen Identitätsausweis treten zu lassen. Der Kongreß wird sich ferner mit der Zollrevision im Reiseverkehr und mit der Ausstellung der Ausweise für Automobilfahrer von Staat zu Staat beschäftigen.

### Kurze Nachrichten

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beläuft sich für den 24. Sept. auf das 1,17fache der Vorkriegszeit, gegen 1,16fache in der Vorwoche. Demnach ist eine Steigerung um 0,9 Prozent zu verzeichnen.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Laut „N. Z.“ reist die deutsche Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich unter Führung des Staatssekretärs Trendelenburg am Montag nach Paris ab.

Reichspostminister Ostle, der in Wien zum Studium des Volkspostwesens weilte, besuchte am Freitag den Handelsminister Dr. Schurrff und den Bundeskanzler Seipel und überbrachte die Grüße des Reichskanzlers. Mit dem Bundeskanzler hatte er eine längere Unterredung.

Der Abbau Leinerts. Das Bürgerbörse-Kollegium in Hannover faßte in einer vertraulichen Sitzung auf Antrag der Fraktion „Ordnungsblock“ einen Beschluß, wonach der Oberbürgermeister Leinert gemäß der Abbauperordnung in den einseitigen Ruhestand zu versetzen und aufzufordern ist, binnen sieben Tagen seine Äußerung beim Kollegium einzureichen.

Der katholische Religionsunterricht in Elsaß-Lothringen. Wie der „Petit Parisien“ melden zu können glaubt, schlug Derriot für Elsaß-Lothringen vor, den Priestern ohne Gegenwart von Lehrern nach Beendigung des Schulunterrichts die Erteilung von Religionsunterricht zu gestatten. Es soll den Eltern freigestellt werden, ob sie ihre Kinder an diesem Unterricht teilnehmen lassen wollen oder nicht.

Die Aiche Jaurès wird nach einer Meldung aus Paris am 23. November ins Pantheon übergeführt.

## Badischer Teil

### Begnadigung

Das Staatsministerium hat, wie die Presseabteilung der badischen Regierung mitteilt, auf den Vortrag des Justizministeriums beschloffen, den Georg Jakob Rea von Weinheim, der wegen der am 14. Dezember 1923 in Weinheim verübten Ermordung der Elisabeth Kadel vom Schwurgericht Mannheim zum Tode verurteilt worden war, zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe zu begnadigen.

### Evang. Landesynode

Am Dienstag, den 30. September, wird die Evang. Landesynode, wie schon gemeldet, in Karlsruhe zu einer ordentlichen Tagung zusammenzutreten. Ein Eröffnungsgottesdienst wird vormittags 10 Uhr in der Schloßkirche stattfinden; Geh. Oberkirchenrat D. Mayer wird die Predigt halten. Am 11½ Uhr wird die Synode im Sitzungssaal des Landtags (Ständehaus) eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen der Hauptbericht des Oberkirchenrates, Berichte verschiedener Ausschüsse, darunter der Katechismuskommision, Beschluffassung über vorläufige kirchliche Gesetze und ein Antrag des Pfarrervereins.

### Badischer Städteverband

Der Vorstand des Badischen Städteverbandes hielt am 20. September ds. Js. in Offenburg eine Sitzung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach der Vorsitzende, Oberbürgermeister Dr. Wals-Geibelberg, der Stadt Offenburg die Glückwünsche des Städteverbandes zu ihrer Befreiung von der französischen Besetzung aus. Aus der umfangreichen Tagesordnung sind — wie uns geschrieben wird — die folgenden Gegenstände hervorgehoben:

Die Einnahmen aus der Gebäudesondersteuer entsprechen nicht den Erwartungen. Sie betragen teilweise nur 60 Prozent des Steuerjolls. Die in § 11 Abs. 2 des Gesetzes vorgesehene Ausgleichung sollte daher nicht erst zum Jahresabschluss, sondern in kürzeren Zeitabschnitten zulässig sein. Die Absicht des Reichsfinanzministers, die für die Reichsvermögenssteuer maßgebenden Grundvermögenswerte auch der Veranlagung der Grund- und Gebäudesteuern des Landes zugrunde zu legen, ist vorerst im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse in Baden nicht durchführbar. Die derzeitige Regelung der Waldsteuerwerte im § 16 Abs. 2 des Grund- und Gewerbeversteuergesetzes bedarf einer Änderung; der zurzeit vorgesehene Höchstbetrag des Steuerwertes pro Hektar Wald von 8500 Goldmark ist zu hoch. Er muß entsprechend herabgesetzt werden. Mit einer Aufhebung des für die Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern zugelassenen Verfahrens der Einbehaltung der Lohnsteuerabzüge als Abschlag auf die Reichssteueranteile können sich die Städte nach wie vor nicht einverstanden erklären.

Die Stadtschulräte und Rektoren im Sinne der Personalabbauperordnung vom 17. März 1924 erleiden teils Angelegenheiten schulpflichtiger Art, teils Angelegenheiten der Schulpflege. Die Zuständigkeiten auf dem Gebiete der Schulpflege werden im Benehmen mit den Stadtverwaltungen geregelt. Der Vorstand vertritt die Ansicht, daß die Stadtschulräte bezgl. Rektoren auf dem Gebiete der Schulpflege Ausführgesamtheiten der Stadtverwaltungen sind. Die Grundfragen für die mit dem Ministerium abzuschließenden Vereinbarungen werden durchgesprochen und festgelegt. Der persönliche Aufwand für die Dozentenstellen muß vom Staate ganz getragen werden, da die Dozenten im Schulgesetz vorgesehene Schulverwaltungsbeamte sind. Der Entwurf einer Verordnung über die Handelsschulen wird an einen Schulausschuß zur Prüfung verwiesen. Den Städten wird empfohlen, für die übergesetzlichen Lehrstellen an den Volksschulen das Verhältnis der planmäßigen zu den außerplanmäßigen auf 4 : 1 festzulegen nachdem das Unterrichtsministerium für die gesetzlichen Lehrstellen das gleiche Verhältnis vorgesehene hat. Die Regierung soll erneut ersucht werden, den Feuerwehrlenten, die sich in Ausübung des Dienstes eine Erkrankung oder einen Unfall zuziehen, einen Rechtsanspruch auf Versorgung durch die Feuerwehrunterstützungskasse zuzugestehen.

### Obstverwertung Rossbach

Die Tagung des Bezirksobstbauvereins am Sonntag, den 21. September in Osterburken brachte — wie uns geschrieben wird — den Abschluß einer wichtigen Entwicklungsstufe in der ganzen Obstproduktion des bad. Hinterlandes. Durch Zusammenfassung der einzelnen Bezirksverbände in einen Kreisobstbauverein ist man dem Beispiel der Obstzüchter der bad. Seckreise gefolgt und hat durch Gründung einer Obstverwertung wirtschaftliche Aufgaben zu lösen versucht, die in den Jahren der Nachkriegszeit und in der alles verzehrenden Inflation über die Grenze eines frommen Wunsches nicht herauskommen. Mangel an Absatz und unrichtige Verteilung der Obsternten brachte jene Spannung zwischen Produzenten und Konsumentenpreis, die jede Freude an der Arbeit und Leistung des gefündelsten aller Volksnahrungsmittel nahm. Obstbauinspektor Weller hatte durch seine Lehr- und Vortragstätigkeit für Kulturmaßnahmen, wie sie den Bedürfnissen unserer Zeit entsprechen, das Verständnis und Interesse wach gehalten. Die Vorstandsschöft und Bezirksverbände trugen den Gedanken der Notwendigkeit des Zusammenstehens und eines genossenschaftlichen Zusammengehens weit in ihre Reihen hinein und fanden dort bald ein Echo.

Da erhielten durch Eingreifen und praktische Unterstützung der Kreisverwaltung und ihres Vorsitzenden Bürgermeister a. D. Reuz und Kreisverwaltungsdirektor Beith all diese Gedanken und Wünsche ihre praktische Auswertung. Damit hatte die Neugründung der Obstverwertung eine Bedeutung über die Vereinsgrenze hinaus erhalten. Es ist gleichzeitig ein Appell an die Obstzüchter, die bis heute den Anschlag an die auf dem Obstbaugebiet bis jetzt allein bestehende Fachorganisation noch nicht finden konnten, dies nachzuholen. Der

Kreisverwaltung mußte in erster Linie daran liegen, die obstruieren Bezirke des Kreises mit dem Überschuss aus den gesegneten Bezirke zu versorgen.

Das durch sein Aroma und seine erfrischenden Säuren bekannte Obst des Kreises Rossbach, das durchweg auf Kalkboden reift, soll solange innerhalb dieser Grenze Verwendung finden, als Bedarf vorhanden ist. Auf der anderen Seite besteht aber die Möglichkeit, die Städte direkt zu beliefern. Die Spannung von Konsumenten- und Erzeugerpreis wird sich verringern, so daß beide Teile zufrieden sein können. Jedes Mitglied des Kreisobstbauvereins wird sein Obst restlos zur Verfügung stellen und dadurch wird es der Obstverwertung möglich sein, sehr bald ein genaues Bild über Bedarf und Vorrat an Obst innerhalb des Kreises Rossbach zu erlangen und eine glatte Verteilung und Ausgleich auf dem „hündelsten und kürzesten Wege rasch herbeizuführen. Mit der Durchführung der Geschäfte wurde Landwirtschaftslehrer Dr. Randwehr, Kreisverwaltungsgebäude Rossbach — Telefon Nr. 137 — betraut.

### Das Denkmal für Ludwig Frant

DZ. Mannheim, 27. Oktober. Die Veranlassung zum großen Republikanischen Tag in Mannheim ist bekanntlich die Einweihung des Denkmals für Ludwig Frant. Der Entwurf für dieses Denkmal, das schon weithin durch die eigenartige Form, den neuzeitlichen Geist auffällt, stammt von Architekt Arthur Lehmann-Mannheim, der mit diesem Werke einen schönen Beweis seines künstlerischen Könnens gegeben hat. Die Ausführung lag in den Händen des Bildhauers August Köster, der das Denkmal an Ort und Stelle — auch hier ein Beispiel moderner Technik — in einem Stück gegossen hat.

### Tagung für christliche Kunst in Freiburg

Die im Programm der 4. Tagung für christliche Kunst vorgesehenen Vorträge und Veranstaltungen nehmen ihren Fortgang. Die Vorträge am Mittwoch behandelten die Themen „Siedlungs- und Kerkirchen“ und „Friedhofskunst und Kerkirchen“. Am Nachmittag fand eine Führung durch die Stadt, eine Besichtigung des Museums, des Erzbischöflichen Diözesan-Museums und des städtischen Augustinermuseums statt. Am Abend wohnte die Versammlung der Festvorstellung des Schauspielers „Die Fische Gottes“ von Otto Weule bei, worin das Motiv des Kampfes um die Erhaltung der Straßburger Münster während der Kämpfe und Wirren der französischen Revolution ergreifend behandelt ist. Die Auführung hinterließ bei den Besuchern sichtlich einen starken Eindruck.

### Tagungen

Am Donnerstag, den 9. Oktober findet in Karlsruhe im großen Saale des Vereinshauses, Adlerstraße 23, die diesjährige Jahresversammlung des Badischen Wissenschaftlichen Kreises statt.

Diesen Samstag findet im Europäischen Hof zu Heidelberg eine Verkehrs-konferenz zum Schutze der badischen Interessen auf der Linie Frankfurt-Baden-Waldfeld und auf der Schwarzwaldbahn statt.

### Genossenschaftliche Pferdeshauen

mit staatlicher Prämierung finden statt: am 3. Oktober in Mastatt, am 4. Oktober in Kirzegg, am 5. Oktober in Willstätt und am 7. Oktober in Schwelkingen, außerdem am 5. Oktober eine größere Pferdeshau in Forstheim. Schweineschauen werden veranstaltet am 30. Sept. in Seltzenheim und am 16. Oktober in Waldshut. Am 16. Oktober findet in Freiburg während der landwirtschaftlichen Herbstwoche ein Zuchtviertelmarkt statt.

### Kommunale Rundschau

Der Geldverkehr mit der Mannheimer Sparkasse. Wie uns das Mannheimer Stadt. Nachrichtenamt berichtet, betrug bei der Mannheimer Städtischen Sparkasse in den 4 Wochen vom 18. August bis einschließlich 14. September d. J. die Zahl der Einlagen (Spar-, Scheck- und Giroverkehr) 4329 mit einem Betrag von 2 107 694,27 Mark. Die Zahl der Rückzahlungen belief sich in derselben Zeit auf 4689 mit einem Betrag von 1 684 973,91 Mark, so daß sich eine Mehrerlage von 422 720,36 Mk. ergab.

Die Zahl der Erwerbslosen in Mannheim. Wie uns das Mannheimer Stadt. Nachrichtenamt mitteilt, betrug am 16. September die Zahl der beim Arbeitsamt Mannheim gemeldeten Arbeitslosen 9727 (7429 männliche, 2298 weibliche). Da am 9. September die Zahl der Bewerberinnen auf 10 133 sich belief, ist ein Rückgang um 406 eingetreten.

Nach dem städtischen Voranschlag in Engen betragen die Einnahmen der Stadtgemeinde im Rechnungsjahr 1924/25 112 881 Mark und die Ausgaben 141 467 Mk. Der ungedeckte Aufwand erfordert eine Umlage von 48 Pfennig pro 100 Mk. vom Steuerwert des Liegenschafts- und Betriebsvermögens. Der Bürgerausschuß wird in seiner nächsten Sitzung über den Voranschlag beraten.

Der Stadtrat Offenburg hat die Aufnahme eines Darlehens von 25 000 Schweizer Franken auf Schuldloshaus zum Zinsfuß von 5½ Prozent, auf ein Jahr fest, genehmigt. Dieses Darlehen soll von Seiten der Stadt zu Wohnungsbauten Verwendung finden.

Aus dem Konstanz Stadtrat. Nach den Anträgen des Reichs- und Marktschulrates soll die nächste Frühjahrsmesse verlegt und die bestehenden ortspolitischen Vorschriften, wonach die Messe von einem Sonntag bis einschließlich den folgenden Sonntag dauert, wieder in Kraft gesetzt werden. Am Montag der Herbstmesse, die vom 19. bis 26. Oktober hier abgehalten wird, wird wie früher, ein Preiselmarkt abgehalten. — In der Zeit vom 1. bis 4. Oktober 1924 findet in Konstanz eine Ausstellung „Das Rheinischschiff und des Rheines Schönheiten“ statt. — Die Zahl der Erwerbslosen beträgt jetzt 80 und hat gegenüber der Vorwoche um 6 zugenommen.

Der Bürgerausschuß Staufen genehmigte den Voranschlag für das Jahr 1924/25 der an Einnahmen 112 780 Mk. und an Ausgaben 155 080 Mk. vorlieht. Der durch Umlage zu bedeckende Betrag beläuft sich somit auf 42 300 Mk. Zu seiner Aufbringung ist eine Umlage von 60 Pf. erforderlich.

Die Verkehrs-konferenz für die Interessen der Rheintal- und Schwarzwaldbahn, die am heutigen Samstag in Heidelberg stattfinden sollte, wurde am 11. Oktober verschoben. Die Reichsbahndirektion Karlsruhe ist im gegenwärtigen Augenblick verhindert, an der Tagung teilzunehmen.

Versammlung der Oberhain-Gemeindevertreter. Die Stadt- und Gemeindevertreter der Oberhainlieger-Gemeinden Bodensee-Waldfeld werden am kommenden Sonntag, den 28. September in Waldshut eine Hauptversammlung abhalten.

Zum Leiter des Säckinger Gas- und Elektrizitätswerks wurde vom Gemeinderat Herr Matt gewählt.

## Aus der Landeshauptstadt

Die große badische landwirtschaftliche Landesausstellung in Karlsruhe, die noch bis zum Montag währen wird, verdient nicht nur das Interesse des Landwirts, sondern auch der Städte findet dort außerordentlich Vieles zu seiner Belehrung und Unterhaltung. Gaben sich doch Wissenschaft und Technik, hier vor allem die Chemie, dort der Maschinenbau, immer mehr in den Dienst der Landwirtschaft gestellt. Und von Jahr zu Jahr werden Fortschritte gemacht, denen leider unsere badische Kleinwirtschaft nicht so hat folgen können, wie die Landwirtschaft in anderen deutschen Gauen. Daß aber auch der kleinste Betrieb, vor allem auf dem Gebiet der künstlichen Düngung, dort manches findet, was ihm zum Nutzen gereicht, kann herborgehoben werden. Vielmehr natürlich der bei uns in Süddeutschland so wichtige mittlere Betrieb, der immer mehr zur billigen und wirtschaftlich arbeitenden Maschine greift. Der Motor ist nicht nur daran, das Pferd immer mehr aus den Straßen der Stadt zu verdrängen, er macht auch auf dem Lande immer größere Fortschritte. So sind die auf der Ausstellung vorgeführten Traktoren nicht nur in vielseitigster Weise für die Feldbearbeitung zu verwenden, sie bringen auch die Ernte ein und liefern Kraft zum Dreschen usw. Die Darstellung der künstlichen Düngemittelfabrikation im Verein mit den Darstellungen und Versuchen der Landwirtschaftskammer ist auf dieser Ausstellung sehr lehrreich vertreten. Nicht nur die Zusammensetzung und Anwendung der mannigfachen Düngemittel sehen wir, auch an ihren Früchten können wir sie erkennen. Gut vertreten ist auch die Verwendung der landwirtschaftlichen Produkte, die Mühlenindustrie, die Kellerei, die Fisch- und Ganszucht usw. Jedem, der noch nicht diese umfangreiche und großartige Schau besucht hat, ist der Besuch dringend zu empfehlen.

Shallotens letzte Südpolarexpedition 1914/16, von der man, da sie ja in den Krieg fiel, wenig gehört hat, wird uns in einem außerordentlich interessanten und schönen Film mit grandiosen Naturaufnahmen in den Badischen Lichtspielen im Konzerthaus vorgeführt. Es sind die Fahrten mit dem Treibeis im Weddellsee der Unterang des Expeditionsschiffes, die Rettung auf Schlitzen nach der Elefantenzufuhr, das Leben der dortigen südpolaren Tierwelt u. v. a., was der Film bringt, alles an Ort und Stelle aufgenommen. Vorher gelangt noch ein naturwissenschaftlicher Film „Intimes aus dem Leben der Weinbergsgemeinde“ zur Vorführung.

Fliegerbesuch in Karlsruhe. Nachdem es trotz aller Anstrengungen nicht gelungen ist, den Flug des neuen für Amerika bestimmten Zeppelin-Luftschiffes über Karlsruhe zu leiten, wird nunmehr Karlsruhe am nächsten Dienstag das Schauspiel haben, eine Reihe von Flugzeugen auf einer Zwischenlandung hier zu begründen. Es sind dies die sogenannten „Hess-Flieger“, das heißt die Flieger, die an dem großen deutschen Luftwettbewerb in der Zeit vom 28.-30. d. M. teilnehmen. Der Veranstalter dieses Fluges ist der Bund Hessischer Flieger in Darmstadt und der Verein für Luftfahrt in Darmstadt. Zweck der Veranstaltung ist ein Vergleichsfliegen von deutschen Klein- und Sportflugzeugen. Der Wettbewerb beginnt am 28. d. M. in Darmstadt und führt über die Stappensflugplätze Frankfurt a. M., Würzburg-Fürth, Stuttgart-Karlsruhe und Mannheim. Der Fliegerbund Karlsruhe hat die sachmännliche Organisation der Etappe Karlsruhe für die Veranstalter des Wettbewerbs übernommen. Die Hess-Flieger werden am Dienstag, den 30. d. M. voraussichtlich in der Zeit zwischen 10 und 1 Uhr hier eintreffen und nach vorgeschriebener Zwischenlandung in der Richtung Mannheim weiterfliegen. Flugplatz ist der alte Gerzlerplatz Durlach, nordöstlich von Hinzheim, Galtstettele Minneimerweg, an der Straßenbahnlinie Schlachthof-Durlach. Der Platz ist bekanntlich seitens der Stadtgemeinde Durlach für Fliegerlandungen der Stadt Karlsruhe zur Verfügung gestellt worden. Er wird polizeilich abgesperrt werden. Für Bewirtung auf dem Platz wird gesorgt.

Motorraddamen im Wildpark. Das Bezirksamt erläßt in der heutigen Nummer eine Bekanntmachung betreffs des Motorraddamens im Wildpark am morgigen Sonntag. Es sei insbesondere auf das Verbot des Betretens des Waldes außerhalb der Wege, des Mitbringens von Hunden und des Befahrens von Bäumen, Schutzhütten usw., sowie auf das Strafmaß hingewiesen.

Eine bemerkenswerte Entscheidung fällt das hiesige große Schöffengericht. Wie in anderen Städten, so hatte auch die Karlsruher Schuhmacher-Zwangsinnung ihren Mitgliedern bei Strafe untersagt, den Marktpreis von 7,50 Mark für Herrenschuhe und Fleck öffentlich zu unterbieten. Darin erblickte die Staatsanwaltschaft eine gleichzeitige Wucherung und das Gericht gelangte zu der gleichen Auffassung. Der Obermeister der Innung wurde daher zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Landestheater. Wie bereits bekanntgegeben, singt infolge Erkrankung des Kammerjägers Rudolf Herr Billy Hillen von Leiziger Stadttheater in der Neuinszenierung des „Aheingold“ am Sonntag, den 28. d. M., die Partie des Loge. Der allseitig geschätzte und verehrte Künstler darf diese Partie zu seinen allerbesten zählen. Es wird die Darstellung dieser interessanten Gestalt für das Karlsruher Publikum um so reizvoller sein, als der Künstler diese Partie bisher hier noch nie gesungen hat. — Durch eine Erkrankung der Herrn Heuser hat sich für das „Aheingold“ eine weitere Umgestaltung erforderlich gemacht, der zufolge Herr Kammerjäger Heuser die Partie des Donner übernommen hat. In den Neuinszenierungen von „Aheingold“ und „Walfüre“ singt Herr Walter Warth erstmalig die Partie des Wotan. — Infolge zwingender dienstlicher Hindernisse muß die auf Freitag, den 8. Oktober angekündigte Aufführung von Richard Strauß „Elektra“ verschoben werden. An diesem Tag wird Richard Wagner's „Fliegende Holländer“ zur Aufführung gelangen. Anfang 7 1/2 Uhr. — Der sich abwechselnd beliebte und erfreuliche „Misterei-Abend“ mit der einaktigen Komödie „Die Luftspielprobe“ nach Ulrich von der Trend und dem „Amphitryon“ nach Frits Rumpf geht am Montag, den 29. September zum vierten Male in Szene. Grillparzer's Lustspiel „Was dem der Hag“ kommt am Mittwoch, den 1. Oktober, zur dritten Aufführung. — Die „Kammerspiele im Künstlerhaus“ werden am Donnerstag, den 2. Oktober, mit der hiesigen Erstaufführung des Nachtstückes „Der Brand im Opernhaus“ von Georg Kaiser eröffnet. Im Landestheater erfolgt demnach, am Samstag, den 4. Oktober, die Erstaufführung der vieraktigen Komödie „Karawane“ von Max Noth, dem Verfasser der auch hier mit starkem Erfolg gegebenen Improvisationen im „Juni“. — Im Konzerthaus geht am Sonntag, den 5. Oktober, der lustige Schwank „Der Weiberbozer“ von Otto Schwanitz und Carl Mathern zu vierten Male in Szene. Als nächste Operneuinszenierung befindet sich für Samstag, den 11. Oktober, „Salome“ von Richard Strauss mit der Musik von Felix Mendelssohn-Bartholdy in Vorbereitung. Die Dauer der Erkantung Felix Daumbach hat eine Änderung in der Verteilung der Regieaufgaben notwendig gemacht. Die Inszenierung von „Brand im Opernhaus“ leitet deshalb Friedrich Weug und die des „Sommernachtsstraums“ Robert Bierner.

## Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. Tauberbischofsheim, 28. Sept. In Rühbrunn konnte Altbürgermeister Wagner das Fest der goldenen Hochzeit feiern.

DZ. Mannheim, 28. Sept. Die Firma Benz beabsichtigt nach den Tagesgezeiten am Samstag 500 Arbeiter wegen Geldmangels zu entlassen. In einer Belegschaftsversammlung, die sich gestern mit der dadurch geschaffenen Lage befaßte, wurde eine Entschleunigung angenommen die gegen die Entlassung Einspruch erhebt und von der Direktion verlangt, daß sie alle Mittel anwendet, einschließlich der Arbeitsverfüzung, um die ganze Belegschaft über den Winter zu beschäftigen.

\* Mannheim, 28. Sept. Das Amtsgericht Mannheim verhandelte auf Antrag des Vereins gegen das Bezeichnungswesen, Berlin, in der Strafsache gegen den Mineralölhändler Leo Notenstein in Frankfurt a. M. Notenstein hatte sich den Angestellten Karl Spielmann der Badischen Anilin- und Soda-fabrik durch Schmiergelder gefügig gemacht und sich durch Winkeln, welche ihm Spielmann gab, große Liebestellungen der Anilinfabrik verschafft. Nachdem das Reichsgericht ein frühere freisprechendes Urteil der Strafkammer Frankenthal aufgehoben hatte, verurteilte das Amtsgericht in Mannheim jetzt die beiden Angeklagten Notenstein und Spielmann wegen Bestechung zu je 3000 Goldmark Geldstrafe. Die von Spielmann empfangenen Schmiergelder wurden unter Aufwertung auf 8000 Goldmark als dem Staat verfallen erklärt.

DZ. Baden-Baden, 28. Sept. Die Zahl der Kurgäste hat bis jetzt die Zahl von rund 60 000 erreicht.

DZ. Gerolstein, 28. Sept. Gestern hat hier das Herbstfest begonnen. Das Festtag wird dieses Jahr recht verschieden ausfallen, sowohl nach Güte wie auch nach Menge. Einige Nebelgelände weisen trotz der unglücklichen nassen Witterung der Sommermonate einen mittleren bis guten Gehang von gelunden Trauben auf. Manche Nebstüde lohnen jedoch kaum die Mühe des Herbstens.

DZ. Konstanz, 28. Sept. Die Arbeiterchaft der Seidenweberei Wolkmatingen (Robert Schwarzenbach) ist gestern mittag in den Ausstand getreten. Die Arbeiterchaft verlangt für die Arbeiter der Weberei bis zum zwanzigsten Lebensjahre 10 Proz., bis zum 24. Lebensjahre 20 Proz. und darüber hinaus 30 Proz. Lohnerhöhung. Von der Forderung der Weberei wurden diese Lohnforderungen nicht bewilligt.

## Börsen und Märkte

Wochenschau nach dem Stande vom 25. Sept. 1924

Börse. Die Lustlosigkeit an der Börse hält weiter an. Die Stimmung am Anleihemarkt ist sehr schwach. Die Beratungen des inzwischen zusammengetretenen Anleiheauschusses fanden verschiedene Beurteilung. Man hoffte, daß wenigstens der nachweisbar „alle Weis“ eine entsprechende Aufwertung erfahren werde. Aber eine Erklärung der Reichsregierung, daß im jetzigen Augenblick eine Aufwertung oder auch nur eine geringe Verjüngung unmöglich sei, was sie an den kommenden Fiazahlen beweisen werde, ließ die Stimmung bedeutend abflauen und hatte eine Abbröckelung der Kurse zur Folge. Der Aktienmarkt gab trotz größerer Angebots nur leicht nach. Die durch die bisher bekannt gewordenen Goldmarkumstellungsvorschläge hervorgerufene mißmutige Stimmung hat einer günstigeren Beurteilung Platz gemacht, da man sie nur als Einzelercheinungen und nicht als Norm für künftige Umstellungen betrachtet.

Geldmarkt. Die Lage am Geldmarkt hat sich anlässlich des bevorstehenden Ultimos und des Quartalwechsels verfestigt. Die Verhandlungen über die 800-Millionen-Anleihe gehen nur langsam voran und werden sich voraussichtlich bis November hingehen. Besonders in England machen sich Widerstände bemerkbar, die ihren Hauptgrund in den Befürchtungen vor den kommenden französisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen haben. In Amerika erhoffte man von einem Eintritt Deutschlands in den Wollmarkt ein stärkeres Vertrauen in die politische Stabilität Deutschlands. Man nimmt an, daß die erstklassigen Sicherheiten, die die Anleihe bietet, einen günstigen Erfolg in Aussicht stellen. In Verfolg der Preisentwertung der Reichsregierung haben die Banken ihre Bedingungen in dieser Woche ermäßigt. Für Rentenmarkt- und Papiermarktvorschläge wird für das Jahr ein Normalfuß von 18 Prozent berechnet. Die Golddiskontbank ermäßigte den Diskont von 10 auf 8 Prozent. Die Befreiung überhöher Kreditprovisionen sowie die Vereinnahmung von Wechseln bis zu drei Monate Laufzeit werden weiterhin zur Erleichterung des Geldmarktes beitragen.

Produktenmarkt. Die Preise auf dem Produktenmarkt behaupteten sich. Nur der Roggenpreis stieg weiter. Weizen und Roggen stehen jetzt über dem Stand vom Juli 1924. Die vergrößerte Einbringung der Kartoffelernte hatte ein leichtes Anziehen der Kartoffelpreise zur Folge. Heu und Stroh blieben mit 6 bzw. 5 Mark pro Doppelzentner unverändert. An der Berliner Produktenbörse notierten: Weizen 236 (unv.), Hafer 190 (minus 10), Sommergerste 250 (unv.), Futtergerste 219 (plus 10), Sommergerste 250 (unv.), Futtergerste 210 (unv.), Hafer 190 (minus 1) je pro Tonne und Mehl 35,25 (plus 1/4) Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt. Die Warenpreise haben nur eine geringe Änderung erfahren. Die Preissteigerungen der letzten Wochen waren nur relative und gingen nicht über die internationalen Preisrückführungen hinaus. Die Großhandelsziffer erfuhr wiederum eine Erhöhung, beruht aber lediglich auf der Steigerung für solche Waren, deren Preise vom Weltmarkt entschieden werden. Auf dem Textilmarkt fand Baumwolle nach dem Preissturz der letzten Zeit eine leichte Erhöhung. Die Wärmung der Lederindustrie, nicht durch Überpannung der Rohhautpreise die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltledermarkt unmöglich zu machen, verheißt ihre Wirkung nicht, so daß die Preisänderungen auf den Häuteauktionen sich in mäßigen Grenzen bewegen. Die erwarteten Preise wurden nicht verändert.

Riechmarkt. Auf dem Riechmarkt machte sich wieder eine rückläufige Bewegung bemerkbar, sonst ist die Lage wenig verändert.

Holzmarkt. Die Nachfrage am Holzmarkt hat sich gebessert, besonders auf dem Kadelstammholzmarkt.

Die Herabsetzung der Ruhrkohlenpreise. Die am Freitag stattgefundene Mitgliederversammlung der Ruhrkohle A.-G. in Essen befaßte sich mit der Preisfrage und beschloß eine Herabsetzung vom 1. Oktober ab, die sich im Durchschnitt der Gesamtlieferung auf etwa 10 Proz. stellt.

Schweizerisches Schladtviach-Einfuhrverbot. Infolge Einschleppung der Maul- und Klauenseuche durch Schladtviach deutscher Herkunft hat das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement jede Einfuhr von Grob- und Kleinvieh aus Deutschland ab 26. September d. J. verboten. Nollende Transporte werden bis und mit dem 25. September in Basel am Badischen Bahnhof grenzübergänglich zur Abfertigung angenommen und sind zur Schladtviach ausschließend dem Schladtviach in Basel zuzuleiten. Der kleine Grenzverkehr wird vorläufig von diesem Verbot nicht betroffen.

## Verschiedenes

Die große Probefahrt des Amerikazeppelins

hat Freitag abend ihr Abschluß gefunden. Das Luftschiff „Z. N. III“ kam abends 5 Uhr nach seiner 22stündigen Fernfahrt wieder über Friedrichshafen und machte in nur 50 Meter Höhe verschiedene Schleifenfahrten. Es konnte infolge der westlichen Winde erst um 6.29 landen. Das Luftschiff wurde um 7.10 Uhr in die Halle gebracht. Vor der Landung stattete „Z. N. III“ noch Konstanz einen Besuch ab. In stolzem Flug beschrieb es mehrere prächtige Schleifen über der Stadt und brachte ihr seinen Gruß dar durch wiederholtes Neigen mit der Spitze. Trotz strömenden Regens standen tausende von Menschen auf den Straßen und Dächern, um dem Schiff zuzujubeln.

Die Rückfahrt von Berlin war noch vormittags angetreten worden. In Dresden traf das Luftschiff 11.45 in und führte mehrere Schleifenfahrten über der Stadt aus. Hof wurde 1.20 Uhr, Bayreuth 1.55 Uhr passiert; dort umflog das Luftschiff die Festspielhalle. Nachdem Rürnberg und Augsburg berührt worden waren, nahm der Luftkreuzer westlichen Kurs und steuerte, ohne München zu berühren, in Richtung Ulm nach Friedrichshafen weiter.

Über 3700 Kilometer wurden ohne Zwischenlandung oder irgendwelchen Defekt zurückgelegt und dabei eine Stundenleistung von über 110 Kilometer erzielt. Während einiger Stunden rasete das Schiff sogar in einem Tempo von 125 Kilometer dahin. Zur selben Zeit kletterte es auf eine Höhe von über 2300 Meter. Es herrichten während der Fahrt alle Arten von Wetter: Sonnenschein, Regen, Nebel, Wind und sogar heftiger Sturm, nichts konnte dem Zeppelin etwas anhaben.

Der Termin der Amerikafahrt des „Z. N. III“ wird bereits in den nächsten Tagen besprochen werden. Man hofft, noch in den ersten Wochen des Oktober die Fahrt antreten zu können. Das Schiff ist jedenfalls klar zur Fahrt über den Atlantischen Ozean. Alle Teilnehmer an der Fahrt, insbesondere auch die amerikanische Prüfungskommission, sind einstimmig der Überzeugung, daß es dem Luftschiff möglich sein wird, ohne besondere Schwierigkeiten den Ozean zu überfliegen.

Das Verfahren gegen den Massenmörder Gaarmann

W. Hannover, 26. Sept. Der Massenmörder Gaarmann ist nach Abschluß der Beobachtung seines Geisteszustandes in Göttingen wieder nach Hannover übergeführt und im Gefängnis untergebracht worden. In der nächsten am 6. Oktober beginnenden Schwurgerichtstagung wird aber noch nicht gegen ihn verhandelt werden, sondern wahrscheinlich erst im November.

## Staatsanzeiger

### Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Verwaltungsinpektor Emil Gern beim Bezirksamt Mannheim zum Verwaltungsoberinspektor.

Planmäßig angestellt:

Oberin Marie Richter bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

Berufen:

Verwaltungsobersekretär Karl Gadenjos beim Bezirksamt Offenburg zu jenem in Mannheim, Verwaltungsobersekretär Lothar Schweggenburger bei der Polizeidirektion Baden zum Bezirksamt Offenburg.

Justizministerium

Zugelassen als Rechtsanwält:

Die Gerichtsassessoren Dr. Hellmuth Dreifuß und Reinhold Frank beim Landgericht Karlsruhe und bei der Kammer für Handelsachen in Pforzheim mit dem Wohnsitz in Karlsruhe, Dr. Hans Gadenburg und Dr. Kurt Sels beim Landgericht Mannheim, Dr. August Lorch beim Amtsgericht Weinheim und gleichzeitig beim Landgericht Mannheim, Dr. Walter Kahn beim Landgericht Offenburg.

Ernannt:

Die Kanzleihilfen Ludwig Weid beim Amtsgericht Eberbach, Adolf Feldheim beim Notariat Müllheim und Willi Kaufmann beim Männerzuchthaus Bruchsal zu Kanzleiaffistenten; die Hilfsaufseher Ferdinand Rader, Ludwig Hellinger, Artur Hölle und Adolf Schürer beim Landesgefängnis Mannheim, Leopold Burget, Josef Erbacher, Josef Pus, Kornel Karle, Richard Ludwig und Josef Schneider beim Landesgefängnis Freiburg, Josef Gögginger, Josef Habermann, Josef Haungs und Franz Neuburger beim Männerzuchthaus Bruchsal, Friedrich Lieb beim Jugendgefängnis Bruchsal, Gregor Blatt beim Amtsgefängnis Mannheim, Friedrich Boll beim Amtsgefängnis Holzmarkt in Freiburg, Artur Denz beim Amtsgefängnis I Karlsruhe, August Füller und Wilhelm Schweiß beim Kreis- und Amtsgefängnis Konstanz, Heinrich Kramer beim Amtsgefängnis Durlach, Adolf Schnaiter beim Amtsgefängnis Heidelberg, Franz Stöhner beim Amtsgefängnis Lörrach, Wilhelm Schaff bei der Kolonie Ansbach, Karl Guth und Emil Hölle bei der Fürsorgeerziehungsanstalt Flehingen zu Aufsehern.

Berufen:

Staatsanwalt Friedrich Eichenauer bei der Staatsanwaltschaft Offenburg nach Freiburg.

Gerichtsdirektor Friedrich Gröner beim Amtsgericht Gengenbach als Justizinspektor zum Amtsgericht Karlsruhe, Justizinspektor Friedrich Weiser bei der Staatsanwaltschaft Waldshut zum Amtsgericht Waldshut, Justizobersekretär August Raderer beim Amtsgericht Waldshut zur Staatsanwaltschaft Waldshut; die Aufseher Karl Holz II beim Männerzuchthaus Bruchsal zum Kreis- und Amtsgefängnis Offenburg, Jakob Ganfert beim Kreis- und Amtsgefängnis Offenburg zum Amtsgefängnis Gillingen und August Ihle beim Amtsgefängnis I Karlsruhe zum Männerzuchthaus Bruchsal.

Zurückgesetzt auf Ansuchen:

Oberlandesgerichtsrat Dr. Georg Schuberger und Landgerichtsdirektor Dr. Karl Maurer in Offenburg, dieser bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Dr.-Ing. Hans Thoma bei der „Mittleren Hse“ A.-G. in München mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 zum ordentlichen Professor für elektrische Anlagen an der Technischen Hochschule Karlsruhe, Professor Dr. Artur Kessner, Vorstand der Versuchsanstalt der Deutschen Maschinenfabrik A.-G. („Demag“) in Duisburg und Privatdozent an der Technischen Hochschule Berlin, zum ordentlichen Professor für mechanische Technologie und allgemeine Maschinenlehre an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, Diplom-Ingenieur Hans Kluge, Oberingenieur der Vulkanwerke Hamburg und Stettin A.-G., zum ordentlichen Professor für Maschinenbau an der Technischen Hochschule Karlsruhe.

**Not**

**der Aktionäre \* Aktionärschutz**

Aktionäre · Anteilhaber · Obligationäre  
treten sofort bei dem

**Aktionär-Verband: Zentrale Heidelberg**

Zweig- und Beratungsstellen in Karlsruhe, München, Weimar,  
Braunschweig, Hamburg-Wilna, Danzig und anderen Städten.

Verlangt Prospekt kostenlos vom

**Aktionär-Verband e. V. Heidelberg**

Zweig- und Beratungsstelle: Kaiserstraße 124a, R.-A. Dr. A. Sieglar.

**Detektiv** Institut  
u. Privat-  
Muskunftel  
„Argus“  
Mannheim  
O. G. 6.  
Planken 37  
Fernspr. 3303  
A. Maier & Co., G. m. b. H.

**Metallbetten**  
Stahlmatt., Kinderbett., direkt  
an Private, Katalog 78 R frei.  
Eisenmöbelfabrik Sulz (Zähr.).

**Herrenstoffe**  
Herrentuchhaus  
Herrenstraße 22

**Kommunal - Darlehen**  
von 6—25 Jahren gegen Schuldschein à 8 1/2 p. A., nähere  
Bedingungen zur Verfügung. Keine Vorspesen, schnelle Er-  
ledigung vieler Abschlüsse bereits perfekturiert. D. 611  
**C. L. Albrecht, Bankgeschäft, Berlin**  
Benderstraße 37, an Tiergartenstr. Telefon Lützow 126

**Badisches Landestheater.**  
Beginn der Sonderwoche des Landestheaters während  
der Karlsruher Herbstwoche.  
Sonntag, 28. Sept. 7—9 1/2 Uhr. Sp. 18.—  
Abonn. G 4. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 6101—6200,  
6401—6500

Gastspiel: Willy Zilken vom Stadttheater Leipzig.  
Neueinstudiert und in neuer Inszenierung: Der Ring  
des Nibelungen. Vorabend:

**Das Rheingold.**  
Loge: Willy Zilken als Gast.

**Spielplan vom 29. Sept. bis 4. Oktober:**  
**Im Landestheater.** Mo. 29.\* Abonn. B 5.  
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 6701—7200. Gleichzeitig Volks-  
bühne Nr. 1. Molière-Abend. **Die Lustspielprobe.**  
Hierauf: **Amphitryon.** 7 1/2. (Sp. I 4.80.) — Die 30.\*  
Ab. C 5. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 7301—7500, 7801—7900.  
Neueinstudiert und in neuer Inszenierung: Der  
Ring des Nibelungen. 1. Tag: **Die Walküre.** 5 1/2.  
(Sp. I 7.—) — Mi. 1. Okt.\* Abonn. A 5. Th.-Gem.  
B.V.B. Nr. 1—200. Gleichzeitig Volksbühne Nr. 1.  
**Web dem, der lügt.** 7 1/2. (Sp. I 4.80.) — Do. 2.\* Ab. F 5.  
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 301—500. **Die neugierigen Frauen.**  
7 1/2. (Sp. I 7.—) — Fr. 3.\* Ab. D 5. Th.-Gem.  
B.V.B. Nr. 1301—1500. **Der fliegende Holländer.** 7 1/2.  
(Sp. I 7.—) — Sa. 4.\* Abonn. E 5. Th.-Gem.  
B.V.B. I. Sondergruppe. Zum erstmalig: **Die Kara-  
wane.** Komödie in 4 Akten von Max Mohr. 7.  
(Sp. I 4.80.) — So. 5. Gastspiel: Elisabeth Friedrich-  
Frankfurt a. M., Maria Lorentz-Höllischer-Charlot-  
tenburg, Kammeränger Robert Hutt-Berlin, Karl  
Kamann-Nürnberg, Adolf Schöpflin-Dresden, Kam-  
meränger Hermann Weil-New-York, musikalische  
Leitung Wilhelm Franz Reuß-Charlottenburg, sämt-  
liche geborene Karlsruher. **Lohengrin.** 5 1/2. (Sp. I  
10.—) — Mo. 6. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4001—4400.  
I. Sinfoniekonzert des Bad. Landestheaterorchesters.  
Dirigent: Fritz Cortelezis. Solist: Max Pauer, Diri-  
gent des Konservatoriums Leipzig. Zur Feier des  
100. Geburtstages von Anton Bruckner: 5. Sinfonie,  
ferner Werke von Beethoven. 7 1/2. (Sp. I 4.50.) —  
Die 7.\* Abonn. C. 6. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 201  
bis 300, 501—600. Gleichzeitig Volksbühne Nr. 1.  
**Web dem, der lügt.** 7 1/2. (Sp. I 4.80.)

**LANDWIRTSCH. MASCHINEN-AUSSTELLUNG**  
KARLSRUHE  
20.-29. Sept. 1924



**BADISCHE LANDWIRTSCHAFTSKAMMER**

Täglich geöffnet von vormittags 9 bis 7 Uhr abends.

**Heute Samstag, von 4 bis 10 Uhr (Bierzelt)**  
**Lustiger-Abend**

(Volkstümliches Konzert)

Kapelle der Vereinigung badischer Polizeimusiker  
Dirigent: Herr Obermusikmeister HEISIG. D579

Samstag, Sonntag u. Montag, jeweils nachm. 4 Uhr, auf dem Festplatz  
**Große Feuerlöschprobe mit Totallöschapparat.**

**Vertreter für Karlsruhe u. Umgebung**  
für Cartonnagen, Papierwaren, Pappen,  
Packpapiere, für Industrie und Detailge-  
schäfte sofort gesucht.

Nur Herren, die nachweisbar gut eingeführt sind, wol-  
len sich melden. Angebote unter D. 618 an die Expe-  
dition der Karlsruher Zeitung.

**Die Veranstaltung eines Motor-  
radrennens am 26. Septemb. 1924**

Führt das am **Sonntag, den 28. September 1924**  
im ehem. Wildpark stattfindende **Motorradrennen**  
wird folgendes angeordnet:

1. Die **Strasse Eggenstein-Hagsfeld** wird von vor-  
mittags 7 Uhr an bis nach Schluß des Rennens für  
jeden Durchgangsfahrzeugverkehr **gesperrt.**
2. Die **Heimstraße** selbst (Strasse Eggenstein-Hags-  
feld) von der Kreuzung mit der Stutenfer Allee bis  
Grabener Allee, Grabener Allee bis Hintzheimer Weg,  
Hintzheimer Weg bis Stutenfer Allee, Stutenfer Allee  
bis Strasse Eggenstein-Hagsfeld) wird von 8 Uhr vor-  
mittags an für jeglichen Verkehr, auch Fußgänger-  
verkehr **gesperrt.**
3. **Zuschauer** dürfen sich nur an den von Polizei-  
und Fortschüppersonal angewiesenen Plätzen aufhalten  
und **den Wald außerhalb der Wege nicht betreten.**  
Den Weisungen dieses Personals ist unbedingt nach-  
zukommen.
4. Das Mitbringen von **Hunden** und das **Besteigen**  
von **Bäumen, Schutzhütten** usw. ist **verboten.**
5. Der Verkehr mit **Kraftfahrzeugen** ist auf sämt-  
lichen Wegen des **Hardwalds** und des ehem.  
Wildparks mit Ausnahme der Hintzheimer Land-  
strasse und der Strasse Eggenstein-Hagsfeld **verboten.**  
Die **Zufahrt** zur Heimstraße hat **von Hagsfeld her**  
auf der Strasse nach Eggenstein zu erfolgen, die **Rück-  
fahrt** nach Schluß des Rennens **über Eggenstein.**
6. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden An-  
ordnungen werden bestraft. §. 713

Karlsruhe, den 25. September 1924  
Bezirksamt Abt. II a D. 3. 919.

**G. Braun**

vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag  
G. m. b. H.  
Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 14

**Modern eingerichtete leistungsfähige  
Buchdruckerei**

Herstellung von Druckarbeiten jeder  
Art: Aktien, Wertpapiere, Pro-  
spekte, Kataloge usw. in einfacher  
bis feinsten Ausführung, in deut-  
schem und fremdsprachlichem Satz

**Aufklärung!**

Die neugegründete Firma A. u. H. Kretschmar, Schirmgeschäft, Kaiser-  
straße 82a, sucht in Zeitungsnotizen den Anschein zu erwecken, als wenn  
durch sie die seit 1840 bestehende Schirmfabrik Wilhelm Kretschmar,  
vormals C. Wohlschlagel, die unterm 11. 8. 19 von mir mit Aktiva und  
Passiva, samt Inventar und Firma käuflich erworben wurde, jetzt von  
ihr in gleicher Weise weitergeführt würde. — Demgegenüber ist zu be-  
tonen, daß diese neugegründete Firma in keinerlei Beziehung  
mit der alten seit 1840 bestehenden Firma Wilhelm Kretschmar Nach-  
folger Andreas Weinig jr. steht und daher keinerlei Recht hat, dem  
Publikum glaubhaft zu machen, es handle sich um die Fortsetzung der  
alten, von mir in der Karl-Friedrichstraße 21, am Rondellplatz weiter-  
geführten Firma. D617

**Schirmfabrik W. Kretschmar Nachf.  
Andr. Weinig jr.**

Karlsruhe Karl-Friedrichstraße 21 Telephon 5476

Schirme in allen Preislagen.  
Schirmreparaturen, Ueberziehen schnell und billig.

Vom 1. Oktober 1924 an erscheint wieder allmonatlich als 5. Jahrgang:

**Die Frau  
und ihr Haus**

Herausgegeben von der Werbestelle für deutsche Frauenkultur Köln

**Wirkungsgebiete:** Kleidung, Wohnung, Wirtschaft, Körperpflege, Erziehung, Volkswohlfahrt

**Programm:** „Die Frau und ihr Haus“ bringt Hausfrauen und Berufsfrauen in Stadt  
und Land Anregungen — für ihre Entlastung — für ihre Entwicklung — damit sie freier  
werden für wesentliche Aufgaben in der Gemeinschaft — im Volksganzen — damit sie  
ihrer Verantwortung gemäß, zielsicher, in freudiger Lebensbejahung mitschaffen können  
an lebendiger Entfaltung deutschen Volkstums.

Einige Urteile:

**Gesundbrunnentafel** des Därebundes: „Ein heilsames Blatt voll gesunder, ernster und  
froher Anregungen. Die Modebilder rechnen wir mit zu den geschmackvollsten und hübschesten, die  
wir in solchen Fachblättern je kennen lernten. Fast jedes Heft bringt angenehme Überraschungen,  
seine Lösungen für alt und jung, für nähende, schneidernde, stribende Bräute, Mütter und Tanten.  
Mit gutem Gewissen empfehlen wir deshalb „Die Frau und ihr Haus.“

**Dr. Erna Barschak:** „... sie scheint mir für die Lehrkräfte der Mädchenfortbildungsschule recht  
geeignet. ... ich glaube bestimmt, daß unsere Lehrerinnen viel Unterricht aus der Zeitschrift  
schöpfen können.“

**Kölnische Volkszeitung:** „... sie verdient in der Reihe der Frauenzeitschriften besondere  
Beachtung.“

**Bezugspreis:** Halbjahr (6 Hefte) M. 3.—, Ganzjahr (12 Hefte) M. 5.—, Einzelhefte M. —.60.  
Probehefte und ausführliche Drucksache kostenfrei.

**Verlag G. Braun G. m. b. H. in Karlsruhe**  
Karl-Friedrichstraße 14.

Druck G. Braun, Karlsruhe.